

Antrag der Fraktion der FDP

Aktuelle Stunde

Kein Impfgipfel, kein Impfstoff: Wie geht es mit den Impfbemühungen in Bremen und Bremerhaven weiter?

Am 15. März hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn bekannt gegeben, dass Impfungen gegen das Coronavirus mit dem Impfstoff von AstraZeneca auf Empfehlung des Paul-Ehrlich-Instituts nun auch in Deutschland vorübergehend ausgesetzt werden.

Die veränderte Einschätzung begründet sich mit einer Häufung von Fällen von Thrombosen der Hirnvenen sogenannte Sinusvenenthrombosen. In Deutschland wurden bei 1,6 Millionen Impfungen sieben Fälle dieser Sinusvenenthrombosen in einen zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung mit AstraZeneca gebracht. Ein kausaler Zusammenhang mit der Impfung wurde damit jedoch nicht bestätigt. In Bremen gibt es bisher keine Erkenntnisse über unerwartete Impfreaktionen.

Noch am Freitag kritisierte der Bundesgesundheitsminister die Aussetzung des Vakzins in anderen europäischen Ländern. Nach dieser Kritik des Gesundheitsministers ist die Aussetzung eine Rolle rückwärts innerhalb kürzester Zeit. Neben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) halten auch Vertreterinnen und Vertreter der „Großen Koalition“ im Deutschen Bundestag die Aussetzung der Impfungen mit dem AstraZeneca-Impfstoff für einen Fehler. Dieses Kommunikationsdesaster schadet der ohnehin schwächelnden Impfkampagne in Deutschland.

Es besteht die Gefahr, dass aufgrund der mangelhaften Kommunikationsstrategie der Bundesregierung die Akzeptanz des Impfstoffs weiter sinkt. Das ist fatal. Impfungen sind momentan das wirksamste Instrument gegen eine Ausweitung der sich anbahnenden „dritten Welle“ und für einen umfassenden Infektionsschutz. Jede Verzögerung der Impfung der Bevölkerung ist eine Gefahr für die Gesundheit und das Leben insbesondere älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Der für den 17. März 2021 geplante Impfgipfel wurde nun aufgeschoben. Damit steht eine wichtige Bund-Länder-Beratung über den Einbezug der Hausärzte weiterhin aus. Der Impfzeitplan wird damit wahrscheinlich nicht mehr zu halten sein.

Für das Land Bremen sind diese Entwicklungen ein herber Rückschlag. Der Ausbau der Impfbemühungen in Bremen, die insbesondere auch von der lokalen Wirtschaft getragen werden, stehen vor großen Herausforderungen. Die Absage aller geplanten Impftermine durch den Senat weist auf die Dramatik der Situation hin. Der Senat ist jetzt gefordert, schnellstmöglich auf die veränderte Situation zu reagieren und sich bei der Bundesregierung für die Lieferung von Ersatzimpfstoffen stark zu machen.

Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und die Fraktion der FDP